

Nutzen der Eisenbahnen sprechen kann, denn mindestens Dresden wird einen sichern und großen Gewinn davon haben, indem die Reisenden es nicht bloß im Durchfluge berühren, sondern sich längere oder kürzere Zeit daselbst aufhalten. Noch mehr aber hat es mich gewundert, daß ein geehrter Abgeordneter diese Eisenbahnen nicht als die höchste Begünstigung des Handels und der Fabriken ansehen will; denn nur die Rücksicht auf Handel und Gewerbe vermag uns zu diesen Opfern, um durch erleichterten Transport Handel und Gewerbe zu sichern und zu heben. Ich zweifle sehr, daß irgend ein Staat um des Ackerbaues willen Eisenbahnen anlegen wird, sondern überall geschieht es im Interesse der Industrie, und kein Staat vermag ihr eine größere Unterstützung zu gewähren, als diese. — Hinsichtlich der Bemerkung über das Postwesen und die Passmaßregeln bemerke ich nur, daß wohl die Erleichterung des Postportos die Anerkennung des In- und Auslandes gefunden hat; und wenn Verbesserungen des Postwesens im Allgemeinen gemacht werden können, deren Möglichkeit ich am wenigsten ableugnen will, so kann in vielen Fällen die sächsische Regierung allein sie nicht durchführen. Der Tadel hinsichtlich des Straßenbauwesens ist aber ganz unbegründet, denn in keinem anderen Lande sind mehr und bessere Chaussees, als bei uns, und die Staatsregierung verdient in dieser Rücksicht das größte Lob. Ich glaube übrigens, die Deputation hat ihren Bericht so abgefaßt, wie es möglich war, ihn abzufassen. Sie hat keine bestimmtern Anträge stellen können, da sie den zwischen den Kronen Preußen und Sachsen damals noch abzuschließenden Vertrag nicht kannte; wäre dieß der Fall gewesen, so hätte sie in das Speciellere eingehen können. Trotzdem aber mußte sie doch die Regierung im Fall des Eintritts eines solchen Vertrages in den Stand setzen, ihn ausführen zu können. Bereits die vorige Ständeversammlung hat für solche Fälle die hohe Staatsregierung ermächtigt, die Eisenbahnen selbst auf Staatskosten zu bauen; wenn also ein solcher Fall eingetreten wäre, ohne daß die Deputation Vorsorge für die Regierung getroffen hätte, so würde sie den Vorwurf verdienen, der ihr gemacht worden ist. Es lassen sich solche Unternehmungen nicht nach Groschen und Pfennigen berechnen, wo es sich um Millionen handelt, sondern es müssen der Regierung die Mittel ausreichend gewährt werden, und kann es darauf nicht ankommen, ob etwas längere oder kürzere Zeit die Kassenbestände unbenutzt daliegen, was ich aber nach allen dem Gesagten bezweifle.

Staatsminister von Zeschau: Nur in Beziehung auf die Aeußerung des Abgeordneten von Gablenz, daß es ihm scheine, als ob ein längerer Zeitraum, als nöthig, für die Ausführung der Eisenbahnen in Anspruch genommen werde, und daß folglich in der nächsten Zeit keine Veranlassung sein werde, die vorhandenen, der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel zu verwenden, muß ich mir einige Bemerkungen erlauben. Was die bayerische Bahn betrifft, so hat bereits der Herr Referent auseinandergesetzt, daß ein großer Theil dieser Mittel schon verwendet ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß von den angenommenen 6 Jahren der Dauer des Baues bereits

3 Jahre abgelaufen sind, und die Vollendung der Bahn mit dem Schlusse des Jahres 1846 bevorsteht, daß folglich die dazu bestimmte Summe theils bereits ausgezahlt ist, theils im Laufe der jetzigen Finanzperiode mit Ausnahme einer unerheblichen Summe zur Zahlung kommen wird. Was die nach Oestreich führende Bahn betrifft, so ist deren Anfang auf das Jahr 1845 bestimmt. Der Bau auf hiesigem Gebiete hängt davon ab, wie weit der Bahnbau von Triest aus bis Prag und dann bis an unsere Grenze bis dahin vorgeschritten sein wird. Man hat das Jahr 1845 aus dem Grunde festgesetzt, weil dann von Prag nach Sachsen zu der Bahnbau beginnen soll. Es würde in der That unangemessen sein, wollten wir ihn früher beginnen, als bis von Prag ab die Bahn gebaut wird, denn ein Stück dieser Bahn ohne Fortsetzung bis Prag würde gar nichts helfen. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die österreichische Regierung, schon im Herbst 1844 an dieser Strecke den Bau anfangen zu lassen, und sollte dieß der Fall sein, so würde auch von uns Vorkehrung zu treffen sein, damit zu demselben Zeitpunkte, wenn die prager Bahn bis zur Grenze fertig wird, die Verbindung unserer Seite herbeigeführt werde. — Was die schlesische Bahn betrifft, so hat bereits Herr Minister Rositz erklärt, daß vor wenig Tagen darüber der Vertrag zum Abschlusse gediehen ist, der auch noch heute in die Hände der geehrten Deputation gelangen soll, und dessen Inhalte nach der Bau in den nächsten vier Jahren beendet sein soll. Demnach also kann man der Regierung eher den Vorwurf machen, daß sie durch Verträge auf zu große Beschleunigung hingewirkt habe, woraus leicht Verlegenheiten entstehen könnten. Denn es ist nicht unmöglich, daß die fraglichen drei Bahnen im Laufe der nächsten 4—5 Jahre ganz vollendet sein werden.

Abg. von Gablenz: Wenn ich die Besorgniß hegte, daß in der nächsten Finanzperiode die Eisenbahnen nicht in Angriff kommen würden, so kam das daher, daß der Deputationsbericht über den Anfang der Baue ganz und gar nichts Bestimmtes sagt. Ganz anders stellt es sich allerdings in Betreff der österreichischen Bahn nach der Erklärung des Hrn. Referenten, ganz anders in Betreff der sächsisch-schlesischen Bahn nach den Erklärungen der Herren Minister; dieß konnte ich aber nicht wissen, denn es steht nirgends. — Was den Vorwurf des geehrten Abg. v. Thielau betrifft, der mich auf das Deputationsgutachten mit dem Bemerkten verwies, daß, wenn ich es gelesen, ich mich hätte beruhigen können, entgegne ich zu meiner Rechtfertigung, daß ich es gelesen; es steht das dahin Bezügliche im Deputationsberichte (s. Nr. 1. des Anhangs S. 17); es steht aber daselbst nicht dabei, daß es jener Gesellschaft zur Pflicht gemacht worden sei, diese Zweigbahn in einem gewissen Zeitraume zu vollenden. Ob nun aber in 10, 20 oder in 100 Jahren dieser Bau angegriffen und beendet wird, schien mir für die lebende Generation hochwichtig; — ich erinnere an Niesas-Tüterbogk; — übrigens mache ich nochmals auf den Umfang des Berichts aufmerksam. — Wenn der Herr Staatsminister den Vorwurf der zu großen